

Mutmaßliches Opfer fordert Strafe durch Kirche

Die Revision vor dem Landgericht wurde verworfen, damit ist das Urteil aus Saarbrücken gegen einen ehemaligen Pfarrer aus Freisen wegen sexueller Nötigung rechtskräftig. Nun will auch das Kirchengericht eine Entscheidung fällen. Das mutmaßliche Missbrauchsoffer erwartet die Entlassung des Geistlichen aus dem Klerikerstand.

VON MATTHIAS ZIMMERMANN

FREISEN Nach dem Richterspruch am Landgericht in Saarbrücken gegen einen ehemaligen Pfarrer aus Freisen im Landkreis St. Wendel läuft das Verfahren vor dem Kirchengericht weiter. Unterdessen verwarf der Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Revision. Damit ist das Urteil wegen sexueller Nötigung eines Messdieners (14) in Saarbrücken rechtskräftig. Der Geistliche bekam ein Jahr und acht Monate auferlegt. Die Strafe ist zur Bewährung ausgesetzt.

Damit ist die Angelegenheit für den Ruhestandspriester aber noch nicht vom Tisch. Denn seit 2018 läuft das kirchenrechtliche Strafverfahren in Köln gegen den Pfarrer aus dem Bistum Trier. Dieses könnte nun zum Abschluss kommen. Wie ein Diözesansprecher mitteilt, sei im Spätsommer oder Frühherbst mit einer Entscheidung zu rechnen.

Timo Ranzenberger ist ein mutmaßliches Opfer des vom Landgericht in einem anderen Fall verurteilten Mannes. Seine Erlebnisse werden nicht mehr Teil der Rechtsprechung werden. Die möglichen Taten liegen zu weit zurück, sind verjährt.

Dennoch – oder gerade deswegen – verfolgt Ranzenberger das jetzt noch offene Verfahren ganz genau.

Und nach dem Urteil an einem zivilen Gericht in der saarländischen Landeshauptstadt setzt er darauf, dass auch die katholische Kirche eine Strafe verhängt.

„Ich hoffe, dass nun endlich nach solch einer unsäglich langen Zeit das kirchliche Verfahren mit einem zufriedenstellenden Urteil abgeschlossen werden kann“, sagt der ehemalige Messdiener im SZ-Gespräch.

Fünf Jahre Verfahrenszeit seien „echt schon der Hammer, wenn man bedenkt, wie lange beziehungsweise kurz ein staatliches Verfahren bis zu Urteilsverkündung inklusive anschließender Revision und Überprüfung gedauert hat“. Die römisch-katholische Kirche sollte sich davon mal „eine Scheibe abschneiden“, verlangt er eine drastisch verkürzte Laufzeit. Beteiligte so lange auf die Folter zu spannen, sei aus seiner Sicht nicht zuzumuten.

Vom Kirchengericht erwartet er aufgrund der Beweislast ein hartes Urteil. Die Fakten stünden nun unwiderruflich fest. Ranzenberger: „Ich erwarte ein Urteil gegen den ehemaligen Pfarrer aus Freisen, welches im Sinne der Betroffenen ist.“ Für ihn gebe es nur eine Konsequenz: die Entlassung aus dem Klerikerstand. „Und nichts anderes.“ Das wäre die höchste denkbare Sanktion innerhalb der Kirche.

„Ich erwarte ein Urteil gegen den ehemaligen Pfarrer aus Freisen, welches im Sinne der Betroffenen ist.“

Timo Ranzenberger
Mutmaßliches Missbrauchsoffer

Unterdessen habe sich die Aufregung und Anstrengung gelegt, die mit dem vorherigen Prozess verbunden waren. Timo Ranzenberger war als Zeuge geladen. Er erhebt bis heute schwere Vorwürfe gegen den jetzt verurteilten Priester. Dieser soll den jugendlichen Ranzenberger mehrfach missbraucht haben. Seit langem lebt das mutmaßliche Opfer nicht mehr im Saarland.

„Mir geht es mit der jetzigen Ankündigung eines kirchlichen Urteils gut“, sagt er. Er ist davon überzeugt: „Das elendige Warten hat ein Ende.“ Allerdings sieht Ranzenberger einen erheblichen Reformbedarf bei kirchenrechtlichen Strafverfahren. „Niemand sollte so



Timo Ranzenberger hofft, dass das kirchliche Verfahren gegen den ehemaligen Pfarrer mit einem Urteil im Sinne der Betroffenen abgeschlossen wird.

FOTO: BECKERBREDEL



Die katholischen Bischöfe Reinhard Marx (links) und Stephan Ackermann sollen im Bistum Trier jahrelang den Missbrauch eines Pfarrers aus Freisen vertuscht haben, ebenso der einstige Generalvikar Georg Bätzing, klagt Timo Ranzenberger an.

FOTO: HARALD TITTEL/DPA

lange warten müssen, bis Gewissheit herrscht“, wiederholt er.

Gleichzeitig erneuert er schwere Vorwürfe gegen den heutigen Trierer Bischof Stephan Ackermann, und Münchens Kardinal Reinhard Marx, von 2002 bis 2008 Ackermanns Vorgänger in Trier. Sie sollen trotz frühzeitiger Kenntnis über den Missbrauchspfarrer in Freisen nichts gegen den Mann unternommen haben. Dies gelte ebenso für den einstigen Generalvikar Georg Bätzing (2012 bis 2016), jetzt Bischof von Limburg an der Lahn.

Im Saarbrücker Verhandlungssaal begegneten sich Ranzenberger, der mittlerweile im bayerischen Bad Tölz lebt, und sein mutmaßlicher Peiniger nicht zum ersten Mal nach langer Zeit. Im Sommer vergangenen Jahres hatte der ehemalige Messdiener an der Haustür des Pfarrers geklingelt. Der Geistliche wohnt jetzt in einer Mosel-Gemeinde. Dieser öffnete und ließ die Tür umgehend wieder ins Schloss fallen, als sich der Besucher zu erkennen gab. Auslöser für dieses kurze Zusammentreffen waren Dreharbeiten zu einer TV-Sendung zu Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche.

„Nach einem entsprechenden Urteil erwarte ich auch entsprechende Stellungnahmen von Bischof Ackermann und Kardinal Marx“, betont Ranzenberger. Sie seien mit dafür verantwortlich, dass die Vorwürfe „erst 2016 ans

CDU-Politiker Gerd Bauer mit 72 Jahren gestorben

SAARBRÜCKEN (SZ) Der CDU-Politiker Gerd Bauer ist tot. Er starb nach SZ-Informationen aus Parteikreisen im Alter von 72 Jahren. Am 30. August hätte Bauer seinen 73. Geburtstag gefeiert.

Bauer war von 2001 bis 2016 Direktor der Landesmedienanstalt Saarland, ehe er in den Ruhestand ging. Der studierte Politikwissenschaftler wurde erstmals 1994 in



Der saarländische CDU-Politiker Gerd Bauer ist tot. FOTO: DLRG

den saarländischen Landtag gewählt. 2001 kandidierte er für das Amt des Saarbrücker Oberbürgermeisters.

„Mit Gerd Bauer verlieren wir einen aufrichtigen und leidenschaftlichen Demokraten, der mit seinem politischen, beruflichen wie ehrenamtlichen Wirken das Saarland und die Landeshauptstadt Saarbrücken über Jahrzehnte maßgeblich mitgeprägt hat“, würdigte Stephan Toscani, Fraktionsvorsitzender der CDU im saarländischen Landtag und CDU-Landesvorsitzender, Bauer.

Produktion dieser Seite:

Martin Wittenmeier
Markus Saefel

Zahl der Trinkwasserbrunnen steigt

Wer unterwegs plötzlich Durst bekommt, findet an immer mehr Orten in Rheinland-Pfalz kostenlose Trinkwasserbrunnen. Dahinter steckt aber mehr als nur eine nette Geste der Kommunen.

MAINZ (dpa) Immer mehr Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz stellen öffentliche Trinkwasserzapfstellen auf. Passanten können darüber per Knopfdruck kostenlos ihren Durst löschen oder sich erfrischen. Auch in der Landeshauptstadt Mainz wurde in dieser Woche der erste öffentliche Trinkwasserbrunnen offiziell in Betrieb genommen – zentral gelegen in der Nähe des Doms. Neben dem Aspekt, dass Plastikmüll vermieden werden soll, spielt auch der Klimawandel für das Aufstellen der Trinkwasserbrunnen eine wichtige Rolle.

Landesweit sind nach Angaben des Umweltministeriums seit 2019 insgesamt 45 derartige Brunnen über ein Programm des Landes gefördert und in Betrieb genommen worden. 20 weitere Kommunen hätten bereits eine Zusage für einen Zuschuss bekommen.

Schon weiter als Mainz ist beispielsweise Trier: In der dortigen Innenstadt stehen bereits vier Trinkwasser-Zapfanlagen. Die Edelstahlsäulen sind von Frühjahr bis Ende Oktober in Betrieb, wie die Stadtwerke Trier (SWT) berichten, die den Service anbieten. Gerade an heißen Tagen werde das Angebot sehr gut genutzt – entweder direkt zum Trinken am Wasserstrahl oder zum Abfüllen von Trinkflaschen, sagte ein Sprecher. Die Spender stehen auf dem Domfreihof, dem Kornmarkt, an der Porta Nigra und

im Palastgarten.

Die Kosten für die Installation eines Brunnen liegen laut SWT bei rund 12 000 Euro. Jeweils ein Drittel davon habe das Land übernommen. Mit den Spendern leisteten die SWT einen Beitrag zur gesunden Ernährung und zur Vermeidung von Einweg- und Plastikflaschen. Die Spender sind laut SWT-Sprecher seit 2021 aufgestellt worden. Weitere seien derzeit nicht geplant.

Die Stadt Mainz begründete das Aufstellen des Trinkwasserbrun-

nens auch mit den Folgen des Klimawandels. An heißen Sommertagen soll so eine einfache Erfrischung und Abkühlung möglich sein. An dem Standort des ersten Spenders befand sich bereits vor mehreren Jahren einmal ein öffentlicher Trinkwasserbrunnen, der laut Stadtverwaltung aber wieder abgebaut werden musste. Es sollen im Stadtgebiet noch weitere öffentliche Brunnen hinzukommen.

Das Klimaschutzministerium fördert die öffentlichen Wasserstellen mit dem seit 2019 laufen-



Abkühlung tut in den Hochsommertagen Not. In Rheinland-Pfalz gibt es deshalb immer mehr Brunnen, an denen die Menschen sich kostenlos Trinkwasser holen können.

FOTO: ARNE DEDERT/DPA

Kfz-Versicherung könnte in zwei Kreisen steigen

SAARBRÜCKEN (low) Die rund 150 000 Autofahrer in den Kreisen Merzig-Wadern und Neunkirchen müssen damit rechnen, dass die Kfz-Versicherung im kommenden Jahr steigt. Das geht aus der neuen Regionalklassen-Aufstellung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherer (GDV) hervor. Im Kreis Merzig-Wadern wird bei der Haftpflicht künftig die Regionalklasse 6 zugrunde gelegt, in Neunkirchen die Klasse 8. Insgesamt gibt bei der Haftpflicht zwölf Regionalklassen. Etwas günstiger könnte die Haftpflicht für die rund 20 000 Autofahrer im Zulassungsbezirk Völklingen werden. Dort gilt künftig die Regionalklasse 9. Bei der Vollkasko-Versicherung (neun Regionalklassen) hat sich der Kreis St. Wendel verschlechtert. Er wird künftig in der Klasse 5 geführt. Im Teilkasko-Bereich (16 Klassen) gibt es im Saarland keine Veränderung.

Die Regionalklassen spiegeln die Schadensbilanz in den einzelnen Zulassungsbezirken wider. Bei der Haftpflicht wird beispielsweise zugrunde gelegt, wie viele und welche Fahrzeuge zugelassen sind, wie viele Unfälle passieren und wie hoch die durchschnittliche Schadenshöhe ist. Bei der Teil- und Vollkasko-Versicherung fließen noch die Anzahl der Wildunfälle, die Zahl der Autodiebstähle oder die Unweterschäden in die Statistik ein, nach der die Regionalklassen ermittelt werden.

Die Bundesregierung hatte im August 2022 die Städte und Gemeinden gesetzlich dazu verpflichtet, Trinkwasserbrunnen in Parks, Fußgängerzonen und Einkaufspassagen aufzustellen, damit möglichst viele Menschen im öffentlichen Raum einfachen Zugang dazu bekommen. Die genauen Orte dafür sowie die Anzahl und Art der Trinkwasserbrunnen wurde aber den Kommunen überlassen. Ziel war es damals, dass bundesweit 1000 zusätzliche Trinkwasserbrunnen zu den schätzungsweise 1300 bestehenden öffentlichen Wasserstellen hinzukommen.